

## „Politische Priorität von Kinderarmut“

Datengrundlage für den Strukturindikator zum Recht auf angemessenen Lebensstandard

*Letzter Stand: Juni 2025*

### Erhebungsmethode

In einer qualitativen Analyse wurden die Koalitionsverträge aller Landesregierungen bezüglich der Nennung des Stichwortes „Kinderarmut“ und der Benennung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut untersucht.

### Quelle

Koalitionsverträge bzw. Regierungsprogramme der Landesregierungen;  
eigene Analyse

| Skalierung   |
|--|
| <b>Indexwert 1:</b> Das Stichwort „Kinderarmut“ wird genannt und im Zusammenhang mit konkreten Maßnahmen aufgeführt.   |
| <b>Indexwert 0,5:</b> Das Stichwort „Kinderarmut“ wird nicht genannt, jedoch wird auf die Bekämpfung von Armut allgemein eingegangen und dies mit konkreten Maßnahmen verbunden. |
| <b>Indexwert 0:</b> Das Stichwort „Kinderarmut“ wird nicht genannt.  |

| Bundesland & Regierungskonstellation              | Grundlage   | Wert |
|---|---|------|
| Baden-Württemberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU) | Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2021 bis 2026)</a> von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU wurde unter anderem die Einrichtung von flächendeckenden Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut bis 2030 vereinbart:<br><br><i>„Wir wollen, dass bis 2030 in allen Stadt- und Landkreisen Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut etabliert sind. Bereits bestehende Präventionsnetzwerke wollen wir weiterhin finanziell unterstützen. Die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung aus der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Kindergrundsicherung werden wir weiter vorantreiben. Darüber hinaus werden wir die Armutsberichterstattung mit dem Gesellschaftsmonitoring sowie dem Landesbeirat</i> | 1    |



|                               |  |   |
|-------------------------------|--|---|
|                               | <i>Armutsbekämpfung und Prävention fortsetzen und vertiefen.“ (S. 77)</i>  |   |
| Bayern (CSU und FREIE WÄHLER) | Das Stichwort Kinderarmut ist im aktuellen <a href="#">Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023 bis 2028</a> von CSU und den FREIEN WÄHLERN nicht enthalten.   | 0 |
| Berlin (CDU und SPD)          | Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2023 bis 2026)</a> zwischen CDU und SPD wurde unter anderem die systematische Zusammenführung der Armuts-, Sozial- und Gesundheitsberichterstattung in eine integrierte Berichterstattung und die konsequente Weiterverfolgung und Verwirklichung der „Berliner Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut“ vereinbart. Zudem wurde verabredet, die Arbeit der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortzuführen und mit operativen Ressourcen auszustatten:<br><br><i>„Die Koalition wird die Armuts-, Sozial und Gesundheitsberichterstattung systematisch zusammenführen und bis Mitte der Legislatur eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung vorlegen, die beispielsweise auch Umweltbelastungen und Wohnen umfasst.“ (S. 34)</i><br><br><i>„Die Koalition wird die Berliner Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut konsequent weiterverfolgen und ressortübergreifend verwirklichen. Die von der Koalition 2016 initiierte Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut wird ihre Arbeit unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzen, ausgestattet mit operativen Ressourcen.“ (S. 103)</i> | 1 |
| Brandenburg (SPD und BSW)     | Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2024 bis 2029)</a> von SPD und BSW wurde unter anderem die Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie gegen Kinderarmut auf der Basis der Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches gegen Kinderarmut“ vereinbart:<br><br><i>„Die Koalition räumt dem Abbau von sozialen Benachteiligungen und der Schaffung von</i>  | 1 |



*Chancengerechtigkeit einen hohen Stellenwert ein. Gerade bei der Bekämpfung von Kinderarmut weist Brandenburg nach Bayern und Baden-Württemberg die geringste Armutsgefährdungsquote von Kindern in Deutschland auf. Daran wird die Koalition anknüpfen. Die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit spielt auch in der Prävention von Armut und der Bekämpfung von lebenslangen Armutsfolgen eine zentrale Rolle. Armut hat viele Facetten. Im Kindesalter verringert sie die Aussichten auf eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und ein Aufwachsen in Gesundheit. Die Koalition wird dazu die verschiedenen Maßnahmen zur Armutsprävention in einem Konzept zusammenfassen. Dieses wird mit den Leistungen nach dem Präventionsgesetz des Bundes sinnvoll verknüpft.“ (S. 41)*

*„Die Koalition räumt der Bekämpfung von Kinderarmut einen hohen Stellenwert ein. Das beste Mittel gegen Kinder- und Familienarmut sind armutsfeste Löhne der Eltern und gleichberechtigte Zugänge von Kindern zu Bildung, Gesundheitsförderung und gesellschaftlicher Teilhabe. Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, die oft ein Leben lang wirkt. Um dem vorzubeugen, bedarf es einer Gesamtstrategie. Die Koalition wird die vorhandenen Projekte und Maßnahmen auf der Basis der Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches gegen Kinderarmut“ umsetzen und weiterentwickeln sowie allen Kindern, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur-, und Sporteinrichtungen ermöglichen. Wir prüfen, eine Bildungskarte sowie einen Sozialfonds für Kitas und Horte einzuführen. Wir setzen uns dafür ein, eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung auf Bundesebene einzuführen – wobei sichergestellt werden muss, dass das Geld bei den Kindern ankommt.“ (S. 46)*



|  |  |          |
|--|--|----------|
| <p>Bremen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)</p> | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2023 bis 2027)</a> von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE wurde im Kontext von Kinderarmut ein „Aktionsplan Alleinerziehende“ vereinbart:</p> <p><i>„In unserem Bundesland leben rund 17.000 Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 18 Jahren, von denen viele von Familien- und damit Kinderarmut betroffen sind. Der „Aktionsplan Alleinerziehende“ bietet einen wichtigen Rahmen zur Umsetzung von Modell- und Schwerpunktprojekten, aber auch zur besseren Verzahnung der Ressortmaßnahmen.“ (S. 39)</i></p>   | <p>1</p> |
| <p>Hamburg (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>           | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2025 bis 2030)</a> zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Bekämpfung von Kinderarmut ausdrücklich als Ziel benannt: Die Koalition formuliert die Absicht, Kinderarmut gezielt zu bekämpfen und die Entwicklungschancen aller Kinder zu fördern und zu verbessern. Geplant wurden unter anderem finanzielle Entlastungen für Familien, der Erhalt beitragsfreier Betreuungsangebote sowie der Zugang zu kostenfreien Angeboten in Bildung, Kultur und Sport – unabhängig vom Einkommen der Eltern:</p> <p><i>„Unser Ziel ist es, Kinderarmut gezielt zu bekämpfen und die Entwicklungschancen aller Kinder zu fördern und zu verbessern. Wir sorgen dafür, dass Familien finanziell entlastet werden und Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern ein breites Angebot in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport erhalten. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir entschieden fortsetzen. In unseren Kitas und der Kindertagespflege halten wir am kostenlosen Mittagessen und dem beitragsfreien Betreuungsangebot für alle fest. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für ein vereinfachtes Leistungsrecht ein, das insbesondere die Bedarfe der Kinder sichert. Wir schaffen, insbesondere in verdichteten Stadtteilen, Räume, in denen junge Menschen kostenlos aktiv sein können, wie Skateparks oder Kletterinseln.“ (S. 141)</i></p> | <p>1</p> |



|  |  |          |
|--|--|----------|
| <p>Hessen (CDU und SPD)</p>                          | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2024 bis 2029)</a> zwischen CDU und SPD wurden armutspräventive Infrastrukturangebote im Lebensumfeld vereinbart, die durch einen Aktionsplan mit dem Schwerpunkt auf die Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut ausgestaltet werden sollen. In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, dass der Landessozialbericht eine empirische Grundlage liefern soll, um die Armutssituation in Hessen aufzuzeigen und Maßnahmen daraus ableiten zu können. Zudem wurde der weitere Ausbau des Landesprogramms kommunaler Präventionsketten vereinbart:</p> <p><i>„Um ein selbstbestimmtes Aufwachsen zu ermöglichen, braucht es armutspräventive Infrastrukturangebote im Lebensumfeld. Deshalb legen wir im Rahmen des Aktionsplans einen Schwerpunkt auf die Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut. Den Landessozialbericht begreifen wir als empirische Grundlage, um die Armutssituation in Hessen aufzuzeigen und Maßnahmen daraus ableiten zu können. Er soll möglichst zeitnah im Laufe der Legislaturperiode vorliegen. Das Landesprogramm kommunaler Präventionsketten wollen wir ausbauen“ (S. 81)</i></p> | <p>1</p> |
| <p>Mecklenburg-Vorpommern (SPD und DIE LINKE)</p>    | <p>Das Stichwort Kinderarmut ist im <a href="#">Koalitionsvertrag (2021 bis 2026)</a> zwischen SPD und DIE LINKE nicht enthalten.</p>  | <p>0</p> |
| <p>Niedersachsen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p> | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2022 bis 2027)</a> zwischen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wurde unter anderem ein Aktionsprogramm zur Förderung von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen, der Auf- und Ausbau von Familienzentren sowie die Etablierung von Präventionsketten vereinbart:</p> <p><i>„Damit alle die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben, begrüßen wir die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung durch die Bundesregierung. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, werden wir uns im Bundesrat für zeitnahe Umsetzung der Kindergrundsicherung einsetzen. Die Jugendarbeit wollen wir stärker an Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen</i></p>  | <p>1</p> |



|  |   |          |
|--|---|----------|
|  | <p><i>ausrichten und partizipativer gestalten. Mit dem Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ werden Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit verschiedenen Förderbausteinen unterstützt. Um Kinder und Jugendliche weiter zu stärken und die Entwicklung junger Menschen zu fördern, soll das bisherige Aktionsprogramm verstetigt und mit der Jugendförderung verknüpft werden.“ (S. 76)</i></p> <p><i>„Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, werden wir uns im Bundesrat für die zeitnahe Umsetzung der Kindergrundsicherung einsetzen. Die Jugendarbeit wollen wir stärker an Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen ausrichten und partizipativer gestalten. Auch das Jugendförderungsgesetz werden wir deshalb gemeinsam mit unseren Kooperationspartnerinnen und -partnern novellieren und für weitere Jugendverbände öffnen.“ (S. 76 ff.).</i></p> <p><i>„Familien brauchen Beratung und Unterstützung. Familienzentren wollen wir sozialraumorientiert als Orte der Begegnung, Bildung und Beratung für Familien auf- und ausbauen und Präventionsketten etablieren.“ (S. 77).</i></p> |          |
| <p>Nordrhein-Westfalen (CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p> | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2022 bis 2027)</a> zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde vereinbart, dass ein „Pakt gegen Kinderarmut“ aufgelegt wird. Zudem sollen Beratungsstellen gestärkt und die Struktur von Familienbüros weiterentwickelt und gestärkt werden. Familienzentren sollen durch die Einführung von Kita-Sozialarbeit als aufsuchendes Angebot unterstützt werden. Auch die kommunalen Präventionsketten sollen gestärkt werden. Durch die Verzahnung bestehender Programme zur Bekämpfung der Armut in Nordrhein-Westfalen (z.B. „Kinderstark“ und „Zusammen im Quartier“) sollen Kommunen und ihre Strukturen gezielter unterstützt werden. Darüber hinaus wurde die Unterstützung des Aufbaus einer Kindergrundsicherung vereinbart, um die Situation der von Armut betroffenen und</p>   | <p>1</p> |



|  |   |  |
|--|---|--|
|  | <p>gefährdeten Kinder und Jugendlichen zu verbessern:</p> <p><i>„Die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe, die von Bund, Land und Kommunen getragen werden muss. Kinder- und Jugendarmut darf nicht die Chancen junger Menschen verbauen. Um dieser Herausforderung nachhaltig begegnen zu können, werden wir in einem breiten Bündnis von Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen sowie Kindern und Jugendlichen einen „Pakt gegen Kinderarmut“ als ressortübergreifendes Aktionsprogramm schmieden.“ (S. 51)</i></p> <p><i>„Bei der Vermeidung und Bewältigung der Kinder- und Jugendarmut stellt Beratung einen zentralen Baustein dar. Daher werden wir Beratungsstellen stärken und sie in die Lage versetzen, dass sie Stellen für Hilfen aus einer Hand werden. Die Schuldner und Insolvenzberatung werden wir weiter stärken und zusammenführen. Wir werden bewährte Maßnahmen fortführen und innovative Maßnahmen etablieren, die die soziale Infrastruktur stärken und ausbauen, sodass Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützt werden können. Wir werden Struktur von Familienbüros weiterentwickeln und stärken, um vor Ort aktivierende Angebote zur Verhinderung von generationsübergreifender Armut gestalten zu können. Damit Familien niedrigschwellig informiert und beraten werden können, unterstützen wir die Familienzentren durch die Einführung von Kita-Sozialarbeit als aufsuchendes Angebot. Diese kann bei behördlichen Angelegenheiten oder bei der Suche nach Förderangeboten für die Kinder gezielt Unterstützung leisten. Die Familienzentren in Kitas und an Grundschulen haben sich als unterstützende Angebote für Eltern bewährt. Wir werden sie weiter ausbauen und konzeptionell Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln, damit sie ihrer Lotsenfunktion in den Sozialraum hinein gerecht werden können und Informationen zu Unterstützungsangeboten passgenau und</i></p> |  |
|--|---|--|



|  |   |     |
|--|---|-----|
|  | <p><i>individuell weitergeben können. Wir unterstützen die enge Kooperation von Familienzentren in Kitas und Grundschulen, um Kinder und Familien beim Übergang von der Kita in die Schule zu begleiten und zu unterstützen. Die kommunalen Präventionsketten werden wir stärken. Durch die Verzahnung bestehender Programme zur Bekämpfung der Armut in Nordrhein-Westfalen wie z. B. „Kinderstark“ und „Zusammen im Quartier“ werden wir gezielter Kommunen und ihre Strukturen unterstützen. Wir unterstützen den Aufbau einer Kindergrundsicherung, um die Situation der von Armut betroffenen und gefährdeten Kinder und Jugendlichen zu verbessern.“ (S. 51 ff.)</i></p>  |     |
| Rheinland-Pfalz (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP) | <p>Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2021 bis 2026)</a> zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde die Verstetigung des bestehenden Förderprogramms zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut und die Fortsetzung von Ansätzen zu einer milieubezogenen Lebenslagenverbesserung von Kindern und Jugendlichen vereinbart:</p> <p><i>„Kinderarmut bekämpfen. Gerade für Kinder und Jugendliche stellt Armut eine belastende Situation dar und ist häufig mit gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Wir werden das bestehende Förderprogramm zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut verstetigen und Ansätze zu einer milieubezogenen Lebenslagenverbesserung von Kindern und Jugendlichen fortführen. Zudem wird sich Rheinland-Pfalz auf Bundesebene für die zeitnahe Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen. Gleichzeitig wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Beantragung von staatlichen Transferleistungen, nach dem Vorbild „alles aus einer Hand“, übersichtlicher und einfacher gestaltet wird.“ (S. 108)</i></p> | 1   |
| Saarland (SPD)                                       | <p>Im <a href="#">Regierungsprogramm des Saarlandes</a> (2022 bis 2027) der SPD findet sich das Stichwort Kinderarmut nicht explizit. Allgemein heißt es, dass Ziel sei, Armut zu bekämpfen und sie innerhalb der nächsten fünf Jahre (2022 bis 2027) zunächst zu halbieren und ihre Folgen zu</p>  | 0,5 |



|  |   |   |
|--|---|---|
|  | <p>bekämpfen. Zudem soll ein Armutspräventionskonzept aufgelegt werden:</p> <p><i>„Wir wollen Armut nicht nur bekämpfen, sondern im Rahmen eines Armutspräventionskonzeptes auch vorbeugen.“</i></p> <p><i>„Unser Ziel ist es, Armut zu bekämpfen und sie innerhalb der nächsten fünf Jahre zunächst zu halbieren und ihre Folgen zu bekämpfen. (...) „Wir wollen Armut nicht nur bekämpfen, sondern im Rahmen eines Armutspräventionskonzeptes auch vorbeugen. (...) Gemeinsam mit dem Beirat zur Armutsbekämpfung werden wir den Aktionsplan gegen Armut zeitnah auflegen und die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes so weiterentwickeln, dass eine Evaluation des Aktionsplans möglich wird.“ (S. 39 ff.)</i></p> |   |
| Sachsen (CDU und SPD)                              | Das Stichwort Kinderarmut ist im aktuellen <a href="#">Koalitionsvertrag (2024 bis 2029)</a> zwischen CDU und SPD nicht enthalten.  | 0 |
| Sachsen-Anhalt (CDU, SPD und FDP)                  | Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2021 bis 2026)</a> zwischen CDU, SPD und FDP ist das Stichwort Kinderarmut enthalten und als Einkommensarmut der Eltern definiert. Als Maßnahmen zur Bekämpfung wird neben der Bildungsteilhabe von Kindern auf die Verbesserung von Beschäftigungschancen und existenzsichernden Einkommen gesetzt: <p><i>„Armutsprävention und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Kinderarmut ist in erster Linie Einkommensarmut der Eltern. Bei der Bekämpfung von Armut setzen wir neben der Bildungsteilhabe von Kindern auf die Verbesserung von Beschäftigungschancen und existenzsichernde Einkommen.“ (S. 83)</i></p>   | 1 |
| Schleswig-Holstein (CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | Im <a href="#">Koalitionsvertrag (2022 bis 2027)</a> zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Kontext der Bekämpfung von Kinderarmut Maßnahmen wie das PerspektivSchulprogramm und „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sowie die landesweite Kinderarmutskonferenz vereinbart: <p><i>„Wir stehen für soziale Gerechtigkeit. Beide Parteien stellen sich entschieden gegen Kinderarmut und sehen zugleich auch für Menschen im Erwachsenen- und Rentenalter</i></p>  | 1 |



|                                 |  |   |
|---------------------------------|--|---|
|                                 | <i>Handlungsbedarf bei Armut, Wohnungs- und Obdachlosigkeit. (...) Wir werden seitens des Landes noch mehr Verantwortung beim Kampf gegen Kinderarmut übernehmen. Das PerspektivSchulprogramm und „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sind gute Beispiele. Wir wollen eine landesweite Kinderarmutskonferenz durchführen.“ (S. 50 ff.)</i> |   |
| Thüringen<br>(CDU, BSW und SPD) | Das Stichwort Kinderarmut ist im <a href="#">Koalitionsvertrag (2024 bis 2029)</a> zwischen CDU, BSW und SPD nicht enthalten.  | o |

